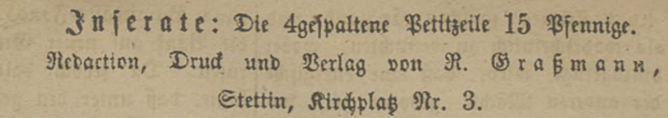
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. **Freitag, den 1. November 1878.** **Nr. 512.**

Deutschland.

Berlin, 31. Oktober. Die Referate über die vorgestrige Ausschußsitzung der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn, in welcher beschlossen wurde, in Verkaufsverhandlungen mit der Regierung einzutreten, übergehen die sehr wichtigen Einleitungsworte ganz mit Stillschweigen, mit welchen der Vorsitzende die Versammlung eröffnet hat. Der Vorsitzende, Herr Geh. Rath Dülberg, Direktor der Darmstädter Bank, theilte nämlich der Versammlung mit, daß er in der Angelegenheit des Ueberganges der Bahn an den Staat eine Audienz bei dem Handelsminister Herrn Maybach gehabt habe und daß bei dieser amtlichen Gelegenheit der Minister sich dahin äußerte, Fürst Bismarck sei Willens, daß mit der Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen nunmehr vorgegangen werde und deshalb sei es geschehen, daß der Minister in Ergänzung früherer Schritte nun auch dem Ankauf der Potsdamer Bahn näher trete. Da die Mittheilung dieser bei offizieller Veranlassung gethanen Aeußerung des Vorsitzenden des Ausschusses der Potsdamer Bahn ebenfalls in einer offiziellen Sitzung kolportirt worden ist, so darf an der Thatsache der zitirten programmartigen Kundgebung des Ministers füglich nicht gezweifelt werden. Daß Herr Maybach sich übrigens schon seit einiger Zeit um den Ankauf der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn bewirbt, beweist der Umstand, daß offenbar auf diese Bahn eine vor einiger Zeit im „Deutschen Montags-Blatt" erschienene Notiz gemünzt gewesen ist, in welcher mitgetheilt wurde, daß der Minister in einer Privat-Gesellschaft, in welcher er mit dem Geh. Kommerzienrath C. (onrad) zusammentraf, diesen über den eventuellen Ankauf der Bahn, in dessen Vorstand Herr C. sitzt, sondirt habe. Wie das Reichs-Eisenbahnprojekt sich von einer Dessertplauderei an der Tafel des Fürsten Bismarck herschreibt, so datirt das Berlin-Potsdam-Magdeburger Ankaufsprojekt ebenfalls gewissermaßen von einer Unterhaltung inter pocula und man ersieht daraus, daß Herr Maybach ein eifriger und gelehriger Schüler seines großen Meisters ist, und daß er daher, wenn dieser wirklich die Parole ausgegeben hat, mit der Unifizirung der preußischen Bahnen Ernst zu machen, an die Durchsetzung dieses „Ideals" mit voller Energie herangehen wird.

— Bei Einführung des deutschen Einheitstarifs wurde bekanntlich vorgesehen, daß die Erfahrungen, welche Handel und Industrie mit den neuen Eisenbahntarifen machen würden, durch Berathungen der Bahndirektionen in periodischen Konferenzen zur Fortentwickelung der Tarifreform sollten verwerthet werden. Eine solche General-Konferenz der deutschen Eisenbahnen ist gestern hierselbst zusammengetreten und dürfte ihre Berathungen heute oder morgen beendigen. Von den gestrigen Verhandlungen ist besonders die Thatsache bemerkenswerth, daß die Vertreter des preußischen Handelsministeriums Weisung erhalten hatten, zu Gunsten einer Herabsetzung der Spiritustarife zu votiren, nachdem vorher bereits ein handelministerielles Reskript ergangen war, welches den Staatsbahnen die Deklassifizirung des Spiritus anbefiehlt.

— Aus Leipzig wird geschrieben, daß dort seit mehreren Tagen eine Versammlung sämmtlicher Sozialistenführer Sachsens tagt. Beschlossen wurde: allgemeine Abrüstung. Anlage der noch vorhandenen Gelder in England und Agitation auf wissenschaftlichem Felde. Dieselben Beschlüsse sollen auch in anderen Mittelpunkten der sozialdemokratischen Organisation gefaßt worden sein, jedoch wird die geheime Propaganda der Partei, welche eine besondere Organisation erhält, nicht von den oben erwähnten Beschlüssen abhängig gemacht.

— Das Nahrungsmittelgesetz ist, wie wir hören, im Wesentlichen entsprechend den Beschlüssen der Reichstags-Kommission vom Anfang dieses Jahres festgestellt und wird dem Reichstage in seiner nächsten Session vorgelegt werden.

— Aus Heidelberg schreibt man dem „Berl. Tageblatt":

„Die jetzt durch die Zeitungen laufenden Nachrichten über die hiesigen Konferenzen der Finanzminister sind zuverlässiger Meldung zufolge aber nicht richtig. Es handelte sich bei denselben nur um eine allgemeine Verständigung über die Nothwendigkeit der Ersetzung der Matrikularbeiträge durch indirekte Steuern und wurde eine solche anerkannt. Die Art der Ausführung einer solchen Umwandlung blieb jedoch noch ausgeschlossen, da die dieselbe bedingenden Vorarbeiten bisher noch nicht abgeschlossen sind. In diesen Konferenzen dürften also nicht die Gründe für einen etwaigen Rücktritt des preußischen Finanzministers zu suchen sein."

Dies stimmt mit dem, was wir dieser Tage schon ausgeführt. Die Schwierigkeiten werden für Herrn Hobrecht erst beginnen, wenn die Einzelheiten der beabsichtigten Einführung indirekter Steuern zur Erörterung gelangen und wenn namentlich die Frage des Wegfalls anderer Steuern in den Einzelstaaten als Kompensation für die Reichssteuern zur Entscheidung drängt.

— Heute Mittag traten zum ersten Male die Mitglieder der Reichskommission zusammen, welche die Beschwerde-Instanz bei den von den Verwaltungsbehörden auf Grund des Sozialistengesetzes getroffenen Maßregeln bildet. Den Vorsitz führte der Präsident, Staatsminister Graf zu Eulenburg. Es handelt sich lediglich jetzt um Konstituirung der Kommission und um den Entwurf einer Geschäftsordnung, wobei man an vorhandene analoge Einrichtungen (Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten 2c.) anknüpft. Die Geschäftsordnung hat der Bundesrath zu bestätigen. Morgen, am 1. November, findet eine Plenarsitzung des Bundesraths statt, auf deren Tagesordnung u. A auch der Entwurf einer Geschäftsordnung für die Reichs-Beschwerde-Kommission steht. Einstweilen liegt übrigens für die Kommission noch gar kein Stoff vor; bis jetzt ist die Beschwerde-Instanz noch von keiner Seite angerufen worden.

Zur Ausführung des Sozialistengesetzes schreibt heute die „B. A. C.":

„Da das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober d. J. nach § 30 mit dem Tage der Verkündigung in Kraft trat, so muß eine jede Kritik, welche daran anknüpft, daß die dazu berufenen Behörden sofort nach der Verkündigung von den durch das Gesetz ihnen beigelegten Befugnissen Gebrauch machten, als eine unberechtigte erscheinen. Der Wortlaut der §§ 1, 9, 11 u. s. w. ist ein derartiger, daß die zu ihrer Ausführung berufenen Behörden, sobald sie die darin aufgestellten Kriterien als vorhanden betrachten, die Pflicht haben, von ihrer Befugniß zum Verbot von Vereinen, Versammlungen, Druckschriften u. s. w. Gebrauch zu machen; denn es heißt in dem betreffenden Paragraphen nicht: Vereine, Versammlungen, Druckschriften, in welchen u. s. w. . . . ., können verboten werden, sondern „sind zu verbieten". Dem Rechte der Behörden zum Verbote steht als Korrelat die Pflicht dazu gegenüber. Eine andere Frage ist die, ob die Behörden bei der Ausübung ihrer Befugnisse von richtigen, thatsächlichen Voraussetzungen ausgegangen sind, ob bei den von ihnen verbotenen Vereinen, Versammlungen, Druckschriften die im Gesetz selber für das Verbot aufgestellten Kriterien wirklich zutreffen. Da nun das Gesetz selber die Erhebung von Beschwerden gegen die Verfügung der Polizeibehörden vorgesehen und den Instanzenzug dafür geordnet hat, so wird es vor Allem Sache der von dem Verbote betroffenen Vorstände von Vereinen, Veranstaltern von Versammlungen, Herausgebern von Druckschriften sein, den geordneten Beschwerdeweg zu beschreiten. Nach § 27 ist „vor Entscheidung der Reichskommission über die Beschwerde den Betheiligten Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Begründung ihrer Anträge zu geben"; es wird dann Sache der Kommission sein, in Betreff der ihr etwa zweifelhaft erscheinenden Begründung von Verboten Beweis im vollen Umfange, insbesondere durch eidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen — es bezieht sich dieses letztere namentlich auf die Handhabung der Befugniß zum Druckschriftenverbot — zu erheben, beziehungsweise erheben zu lassen. In anderen Fällen, nämlich da, wo Strafanträge der Staatsanwaltschaften gestellt werden, werden die Gerichte zur Entscheidung auch über die Thatfrage berufen sein. Es ist also auch bei diesem Gesetze dafür gesorgt, daß etwaige thatsächliche Irrthümer oder irrige Auffassungen der Exekutivbehörden ihre Berichtigung erfahren können. Die nach ihrer Ansicht zu Unrecht von einem Verbot Betroffenen werden sich der endgültigen Entscheidung der Beschwerde-Kommission zu fügen haben, die, weil sie die Beschwerdeführer nicht befriedigt, darum allein noch keine irrthümliche oder tendenziöse genannt werden darf. Es ist eben das Gesetz selber, welches in seiner Anwendung Folgen nach sich zieht, die den Einzelnen schwer genug treffen mögen, ohne daß die zu seiner Handhabung Berufenen dafür des persönlichen Uebelwollens oder der Verfolgungssucht geziehen werden können. Das harte Gesetz entspringt eben der harten Nothwendigkeit, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung vor den auf ihren Umsturz gerichteten Bestrebungen, sobald sie in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Tage treten, zu schützen und die Verantwortlichkeit dafür haben die zu tragen, welche jene Nothwendigkeit herbeigeführt haben. Es will uns deshalb nichts weniger zur Beseitigung dieser Nothwendigkeit geeignet erscheinen, als wenn die Anhänger solcher gemeingefährlicher Bestrebungen jetzt, wo sie die selbstverschuldeten Folgen ihrer den öffentlichen Frieden gefährdenden Agitation auf sich zu nehmen haben, mit ihnen zu Munde redenden Rechtsausführungen förmlich überschüttet werden. Jedermann, auch die Regierung wird zugeben, daß das Gesetz vom 21. Oktober 1878 vor mißbräuchlicher Auslegung und Anwendung nicht gesichert ist, eine Tendenz dazu ist jedoch nach den bisherigen Erfahrungen nicht anzunehmen; vielmehr scheint auf der anderen Seite die Tendenz vorhanden zu sein, die auf Grund des Gesetzes erlassenen Maßregeln als in ihrer großen Mehrheit gegen den Geist des Gesetzes verstoßend darzustellen. Wir fragen, wem damit wohl ein Dienst erwiesen wird?"

— Der deutsche Handelstag hat heute seine Sitzungen beendigt. Das Hauptinteresse scheint mit dem gestrigen Beschlusse in Betreff des volkswirthschaftlichen Senats erschöpft zu sein. Es gab zwar heute noch eine eingehende Debatte über die Anträge auf Abänderung der Statuten. Dieselbe konnte indeß zu einem positiven Ergebniß nicht geführt werden; man vertagte dieselbe als noch nicht spruchreif. Ziemlich summarisch wurde der Rest der Tagesordnung erledigt, darunter auch der beantragte Protest gegen das Tabaksmonopol, der von der allerdings sehr gelichteten Versammlung ohne Widerspruch angenommen wurde. Der drohende Zusammenbruch des Handelstages wurde schließlich noch dadurch glücklich vermieden, daß in Folge eines namentlichen durch den Präsidenten des Handelstages, Herrn Delbrück, und den Geh. Rath Klopfer aus Mannheim eingeführten Kompromisses eine gleiche Anzahl Schutzzöllner und Freihändler in den bleibenden Ausschuß genommen wurden. So darf der Fortbestand des Handelstages zunächst als gesichert betrachtet werden.

Ausland.

Wien, 30. Oktober. Anläßlich der neulichen Reise des Erzherzogs Karl Ludwig nach Galizien wurde mehrfach die Anschauung laut, es handle sich darum, die Polen noch inniger an die Dynastie zu ketten und die Beziehungen derselben zum Reiche noch fester als bisher zu gestalten. Ein jetzt auftauchendes Gerücht, das übrigens vorerst nur mit Vorbehalt aufgenommen werden soll, scheint jene Anschauung zu bekräftigen, denn es heißt, die Reise des Erzherzogs nach Galizien hänge damit zusammen, daß derselbe an die Spitze der Statthalterei in Lemberg, vielleicht mit einem höheren Titel als dem eines Statthalters, treten soll.

Man bestätigt, daß unter den Kabinetten ein Meinungsaustausch über die gegenwärtige Situation im Orient, resp. über die Durchführung des Berliner Vertrages stattfinde. Weiter aber als zu einem vorläufigen Meinungsaustausch dürften die Dinge bis zur Stunde noch nicht gediehen sein. Im Uebrigen wird in diplomatischen Kreisen über die augenblicklichen Vorgänge eine begreifliche Reserve beobachtet.

Der Kaiser ist gestern Abend wieder nach Gödöllö abgereist, nachdem er im Laufe des Tages den Freiherrn von Pretis empfangen, welcher das ihm übertragene Mandat, ein parlamentarisches Kabinet zu bilden, in die Hände des Monarchen zurückgelegt hat. Damit ist die Lösung der cisleithanischen Ministerkrise bis auf Weiteres vertagt. Die Angaben einiger Blätter, Herr v. Pretis hätte geäußert, er würde auch in ein nichtparlamentarisches Kabinet eintreten, werden mir von einer dem Finanz-Minister sehr nahe stehenden Persönlichkeit als erfunden bezeichnet.

Herr Dr. Rieger hat nach mehrtägigem Aufenthalt hier heute wieder seine Rückreise nach Prag angetreten. Die Verhandlungen, die er hier mit politischen Kreisen gepflogen, haben zu keinem Resultate geführt, wahrscheinlich deshalb, weil die Krise noch auf dem alten Fleck steht und weil man eine Klärung der auch zur Stunde noch vollkommen chaotischen Lage abwarten zu sollen glaubt. Doch scheint es nicht ganz korrekt zu sein, wenn man sagt, Riegers Mission sei „gescheitert"; richtiger hieße es vielleicht: die Verhandlungen mit den Czechen sind abermals vertagt worden.

Gegenüber der stürmischen Opposition gegen die Okkupation Bosniens macht sich in hiesigen industriellen und kaufmännischen Kreisen eine lebhafte Bewegung für die Okkupation und sogar für die Annexion bemerkbar. Ein Verein hat sich bereits kürzlich für die Okkupation ausgesprochen und morgen hält einer der notabelsten Vereine der Residenz, der „Reformverein der Wiener Kaufleute", eine Versammlung ab, welcher folgende Resolution vorgelegt werden wird: Unsere Interessen im Orient können angesichts der auf der Balkanhalbinsel eingetretenen Situation durch die dauernde Festsetzung Oesterreich Ungarns in den okkupirten Gebieten nur gefördert werden, weil hierdurch der Weg für eine enge wirthschaftliche Vereinigung mit den an der Donau liegenden und nach dem adriatischen Meere gravitirenden Ländern, im Interesse dieser Länder selbst wie Oesterreich-Ungarns angebahnt und gesichert wird.

Paris, 29. Oktober. Die gestern wieder zusammengetretete französische Kammer hat ihre Arbeiten damit inaugurirt, daß sie sich auf weitere acht Tage vertagte. Man ist auf Seiten der Anti-Republikaner nicht ganz im Unrecht, wenn man diese nonchalante Manier scharf tadelt; denn in der That wird hierdurch ein eigenthümlicher Zustand des hiesigen Parlamentarismus noch mehr betont. Das Budget muß verfassungsmäßig bis Ende Dezember von Kammer und Senat fertig gestellt werden. Da nun vor dem 10. November ungefähr die Budget-Kommission mit ihren Rapporten nicht fertig ist, so bleibt freilich für die Diskussion eines Budgets von circa drei Milliarden in pleno wenig Zeit und der ganze Schwerpunkt der Budgetberathung wird somit immer mehr in die Budget-Kommission hineingedrängt, die dadurch zu einer ungebührlichen Omnipotenz gelangt. Allerdings dürfte dies den Intentionen Gambetta's, des Präsidenten gedachter Kommission, nur entsprechen!

Die erste Sitzung selbst bot wenig Interesse in sich; dasselbe lag mehr hinter den Koulissen und in den Korridoren. Hier herrschte ein lebhaftes Getreibe von Begrüßungen und Ideenaustausch, wobei in den Reihen der Republikaner mit Uebereinstimmung zu Tage trat, daß die verflossenen Monate der Befestigung und Begründung der Republik überaus günstig genützt hatten. Die freudig befriedigte Stimmung der Republikaner ward noch vermehrt durch die einlaufenden telegraphischen Nachrichten über den Ausfall der Delegirtenwahlen am Sonntag, welche partielle Siege der Republikaner bereits in einer unerwarteten Weise konstatiren. Ein umfassender Ueberblick läßt sich freilich noch nicht geben, doch scheint die Niederlage der „konservativen" Parteien eine vollständige zu sein; mehrere Departements, auf welche sie mit Zuversicht rechneten, sind bereits für sie verloren.

Aus einer vom Unterrichts-Ministerium veranstalteten Statistik ergiebt sich, daß es in Frankreich nur 5 gesetzlich anerkannte religiöse Kongregationen von Männern mit 115 Etablissements und 2418 Mitgliedern giebt; ferner noch vier anerkannte Mönchsorden mit 84 Mitgliedern, Kapuziner und Cisterzienser. Weibliche Orden und Kongregationen existiren 893 mit 2552 Etablissements und 113,741 Mitgliedern. Nicht gesetzlich anerkannte religiöse Männer Assoziationen unterhalten 384 Etablissements mit 7444 Mitgliedern, darunter stellen die Jesuiten das größte Kontingent; ebenso für Frauen 602 Etablissements mit 14,003 Mitgliedern. Ferner giebt es 23 dem Unterricht sich widmende männliche Orden, deren 20,341 Mitglieder 2328 öffentliche und 768 private Schulen leiten, und weibliche 528 Kongregationen, welche 10,951 öffentliche und 5227 private Schulen leiten. Sprechende Zahlen!

Paris, 29. Oktober. Es war hier heute das Gerücht verbreitet, daß das Londoner Kabinet die Einberufung des Parlaments beschlossen habe, und es wurden daran natürlich die beunruhigendsten Gerüchte über den Stand der Beziehungen zwischen England und Rußland geknüpft. In dieser Hinsicht muß ich bemerken, daß hier überhaupt in Betreff der auswärtigen Lage eine sehr pessimistische Stimmung herrscht und daß man selbst in den der Regierung nahestehenden Kreisen vielfach der Ansicht begegnet,

der Ausbruch eines Krieges zwischen England und Rußland sei als wahrscheinlich zu betrachten, wobei aber immer hinzugefügt wird, daß eine energische Intervention der anderen Mächte geboten sei, um den Ausbruch des Konfliktes zu verhüten und die Ausführung des Berliner Vertrages zu Stande zu bringen. Dagegen werden aber allseitig die von gewissen auswärtigen Blättern in Umlauf gesetzten Informationen über ein angeblich zwischen England, Frankreich und Oesterreich getroffenes Uebereinkommen als jeder Begründung entbehrend bezeichnet und alle Welt beharrt dabei, daß Frankreich sich nach keiner Seite hin binden dürfe, sondern in der bisher bewahrten abwartenden Stellung verbleiben müsse. Diesen offiziösen Versicherungen schenken übrigens die konservativen Blätter wenig Glauben, wenigstens geben sie sich den Anschein, als ob sie auch hinsichtlich der auswärtigen Politik von der republikanischen Regierung gefährliche Extravaganzen zu befürchten hätten und verbreiten überdies in den Salons beunruhigende Gerüchte über gewisse Allianz-Verhandlungen, in welche sich der Minister des Aeußern, Herr Waddington, in letzterer Zeit eingelassen habe.

Da diese Gerüchte und Beschuldigungen bis jetzt noch durch keine einzige Thatsache unterstützt werden und zudem gerade Herr Waddington als ein überaus vorsichtiger und zu diplomatischen Abenteuern wenig geneigter Politiker angesehen werden muß, so dürfte es wohl das Beste sein, Weiteres abzuwarten und den von der konservativen Opposition ausgesprengten Gerüchten nur eine bedingte Beachtung zu schenken. Das diplomatische Gelbbuch, welches in den nächsten Tagen zur Vertheilung kommen soll, wird über die auswärtige Politik Frankreichs wenig oder gar nichts Neues bringen, aber die Debatte über das Budget des auswärtigen Amtes wird Herrn Waddington sicherlich Gelegenheit bieten, die augenblickliche Stellung Frankreichs zu den verschiedenen auswärtigen Fragen klar zu legen.

London, 29 Oktober. Für morgen ist abermals ein Kabinetsrath einberufen, und die Minister, die kaum erst die Stadt verließen, müssen in Eile wieder zurück. So ungewöhnlich diese rasch aufeinander folgenden Berathungen um diese Jahreszeit auch sind, überraschen sie doch Niemanden. Jedermann weiß oder fühlt doch, um was es sich handelt. Seitdem die russische Presse einen so feindseligen Ton gegen England angeschlagen und die russischen Behörden in Ostrumelien und Bulgarien eine mit dem Berliner Vertrag schlechterdings nicht zu vereinbarende Haltung angenommen haben, verschließen sich die Wenigsten hier zu Lande der Erkenntniß mehr, daß neue und ernste Verwicklungen mit Rußland bevorstehen. Im diplomatischen Korps herrscht die Ansicht vor, daß diese sich mit einiger Geduld gemüthlich werden begleichen lassen und daß Rußland (natürlich gegen einige geringfügige Zugeständnisse) seine in Berlin übernommenen Verpflichtungen getreulich erfüllen werde. Doch haben die Ansichten der Diplomaten — mit aller Achtung vor ihnen sei es gesagt — in solchen Dingen sich nicht allezeit als die richtigen bewährt. Es liegt in der Natur ihres Berufes und ihrer Thätigkeit, jederzeit an einen friedlichen Ausgleich zu glauben, weil sie für einen solchen arbeiten müssen, und selten noch ist ein Krieg ausgebrochen, ohne daß sie bis zum letzten Augenblick die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleiches in den Vordergrund gestellt hätten. Dies thun sie auch im jetzigen Falle, und es steht aufrichtig zu hoffen, daß sie sich nicht abermals einer Täuschung hingeben. Das große Publikum ist weniger hoffnungsvoll, die ganze hiesige Atmosphäre ist seit einigen Tagen mit düsteren Ahnungen geschwängert. Auffallend dabei ist, daß von Seiten der Regierung nichts geschieht, letztere zu zerstreuen. Im Gegentheil sind die zu ihr in freundlichen Beziehungen stehenden Blätter eher bemüht, sie zu stärken.

Wie sich der konservative „Standard“ gegen Rußland äußert, ist gestern hervorgehoben worden. Ihm giebt an Stärke des Ausdrucks der „Daily Telegraph“ nicht um ein Haar nach. Auch die „Times“ kann sich nicht mehr der Erkenntniß verschließen, daß die Maßnahmen der russischen Behörden in Ostrumelien und Bulgarien, so wie die Aeußerungen, die kürzlich Fürst Dondukow gethan, ein schlimmes Zeichen seien für den guten Willen Rußlands, seinen in Berlin übernommenen Verpflichtungen gerecht zu werden. Aber noch spricht sie die Hoffnung aus, daß sämmtliche Vertragsmächte zusammenstehen würden, um der russischen Regierung die Satzungen des Berliner Friedens ernstlich zu Gemüthe zu führen, und begnügt sich vorerst, die Parteien in der Heimat aufzufordern, in dieser inhaltsschweren Zeit fest zu der Regierung zu stehen, um diese in ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen. Dieselbe Aufforderung findet sich in dem heutigen „Globe.“ Andere der Regierung nahestehende Blätter in der Provinz ließen während der letzten Tage diesen Mahnruf schon wiederholt ertönen. Worin jedoch, abgesehen von den Rüstungen gegen Afghanistan und von einer nach Petersburg gerichteten Note Lord Salisbury's, diese angedeuteten Maßnahmen bestehen werden, dafür fehlt es annoch an zuverlässigen Anhaltspunkten.

— Das Schicksal, welches die unglücklichen Aktionäre der falliten Glasgower Bank betroffen, erregt mit jedem Tage lebhaftere Theilnahme, da sich immer mehr die traurige Thatsache herausstellt, daß Hunderte von Familien, die bisher ein bescheidenes, aber behäbiges Dasein führen konnten, vollständig an den Bettelstab gebracht worden sind. Noch im Laufe der vorigen Woche trug man sich in Schottland mit dem Gedanken, ob es möglich wäre, den ganzen Betrag der Passiva der Bank, nämlich 6 Millionen L., durch eine Anleihe auf Grundlage eines Bürgschafts-Fonds aufzubringen und dergestalt die Bank auf neuer Grundlage wieder ins Leben zu rufen. Da jedoch bald die Ueberzeugung Wurzel faßte, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein derartiger Plan undurchführbar sei, beschäftigt man sich jetzt mit dem Gedanken, zum mindesten der augenblicklichen Noth der im Gedränge befindlichen mittellosen Aktionäre durch freiwillige Sammlungen abzuhelfen. Schon hat der Bürgermeister von Glasgow zu diesem Zwecke eine Versammlung berufen. Andere Städte Schottlands folgen seinem Beispiel. England wird ohne Zweifel auch sein Scherflein beitragen, und so dürfte von den Hülfsbedürftigen für den ersten Augenblick das Schlimmste abgewandt werden.

Provinzielles.

Stettin, 1. November. Morgen, Sonnabend, den 2. d. Mts., wird die Abstimmung über die noch zu erledigenden Fragen der städtischen Feuer-Sozietät fortgesetzt. Wir ersuchen daher alle die geehrten Mitglieder der Sozietät, welche Niemandem eine Vollmacht übergeben haben, in ihrem eigenen Interesse um 9 Uhr Morgens in der städtischen Turnhalle zu erscheinen, um ihr Stimmrecht auszuüben. Die Abstimmung wird an diesem Tage bedeutend kürzere Zeit in Anspruch nehmen, da die Vollmachten jetzt alle geprüft sind.

— In dem Prozeß des Besitzers von Prioritäts-Aktien einer industriellen Aktiengesellschaft wider die Gesellschaft, deren Generalversammlung durch einfachen Mehrheitsbeschluß eine Reduktion des Aktienkapitals und zwar gleichmäßig des Stammaktien- und des Prioritäts-Aktienkapitals angeordnet hatte, hat das Reichs-Ober-Handelsgericht, I. Senat, durch Erkenntniß vom 24. September d. J. folgende Rechtsgrundsätze ausgesprochen: 1) Unter der Amortisation eigener Aktien, welche Art. 215, Abs. 3 des Handelsgesetzbuchs von einer ausdrücklichen Statuirung durch das Gesellschaftsstatut abhängig macht und nur unter dieser Bedingung für statthaft erklärt, ist nur diejenige Einziehung von Aktien zu verstehen, welche durch freien Ankauf oder durch Heimzahlung nach einem bestimmten Plane erfolgt. Ein Gesellschaftsbeschluß, die Amortisation neu ausgegebener Aktien auch in einer anderen Form (durch Konfiskation oder theilweise Reduktion des Nominalwerths) erfolgen zu lassen, hat keine Gültigkeit. 2) Eine Herabsetzung des Grundkapitals einer Aktiengesellschaft durch Abschreibung von Verlusten kann bei statutenmäßiger Gleichheit der Rechte aller Aktionäre durch Majoritätsbeschlüsse der Generalversammlung gültig bewirkt werden. Ist dagegen bestimmten Aktien ein Vorzugsrecht in Betreff der Kapitalsantheilserhebung bei Auflösung oder eine nach Prozenten ihres Nominalbetrages fixirte vorzugsweise Dividende gegenüber anderen Aktien eingeräumt, so kann eine Herabsetzung des Grundkapitals durch Abschreibung von Verlusten durch Majoritätsbeschlüsse der Generalversammlung nicht bewirkt werden.

— Briefsendungen für Kanonenboot „Komet“ sind von jetzt ab nach Malta zu richten.

— Am 28. v. M. wurden der verehel. Tischler Bürger aus ihrer verschlossenen Parterre-Wohnung Frauenstraße 21 29 M. gestohlen. Wahrscheinlich ist der Dieb durch das nach dem Hofe führende Fenster eingestiegen.

— Der Kriminalpolizei gelang es gestern, in der Person des Arbeiters Christian Krämer den Dieb zu ermitteln, welcher am 23. v. Mts. aus der Küche des Kaufmanns Jessel am Bollwerk einen kupfernen Kessel gestohlen. Ferner wurden die Arbeiter Carl Gentzmann und Max Schönfeld verhaftet, welche vor kurzer Zeit im Pionierschuppen Diebstähle verübt.

— In der heutigen Sitzung der Kriminal-Deputation wurde gegen eine Rabenmutter, die verehelichte Elv. Aug. Agnes Thiede verhandelt. Dieselbe ist angeklagt, ihre fünfjährige Stieftochter Emilie in den Monaten Mai bis August wiederholt auf das Grausamste gemißhandelt zu haben, wobei sie sich eines dicken Holzes bedient hat. Die Angeklagte wird mit zwei Monaten Gefängniß bestraft.

An einem Vormittag im Frühjahr d. Js. fuhr der Schmiedegeselle Richard Radue aus Löcknitz auf dem Wege von Löcknitz nach der Stolzenburger Glashütte und wurde von einem anderen Gefährt, welches der taubstumme Knecht Kilias führte, angefahren; darüber wurde Radue zornig, schlug auf Kilias ein, eilte ihm sogar nochmals nach und versetzte ihm mehrere Hiebe mit dem Peitschenstock über den Kopf. Deshalb wegen Mißhandlung angeklagt, wurde Radue mit 3 Wochen Gefängniß bestraft.

— Wie die „Lehrerzeitung“ mittheilt, ist angeordnet, daß bei allen aus Staatsmitteln unterhaltenen und unterstützten höheren Lehranstalten die Schüler der Vorklassen ausnahmslos das volle Schulgeld zahlen müssen, also in diesen Klassen Befreiungen vom Schulgelde oder Ermäßigungen desselben überhaupt nicht stattzufinden haben.

— Der hier wohnhafte Sattlermeister Pägel wird von der hiesigen königlichen Staatsanwaltschaft wegen bedeutender Wechselfälschungen steckbrieflich verfolgt.

Pasewalk, 30. Oktober. Gestern Nachmittag um 3 Uhr entstand plötzlich Feuerlärm. Es brannte im Seilermeister Ruthenberg'schen Hause in der Marktstraße. Auf dem Boden des Hauses lagerten bedeutende Hanf- und Heede-Vorräthe, welche in Brand gerathen waren. Schwarze Rauchwolken wälzten sich die Straße hinab; das mit Pappe gedeckte Dach ließ jedoch die Flamme nicht durch, so daß es den Spritzen, namentlich vom Hofe des Nachbarhauses, bald gelang, des Feuers Herr zu werden, ohne daß dasselbe zum Durchbruch kam. Der Schaden durch die Wasserfluthen, welche von oben in das Haus geleitet wurden, ist jedoch ein bedeutender. Schwer getroffen ist auch der in der ersten Etage wohnende Schlächtermeister Mönke; derselbe hatte nicht versichert. Sind seine Sachen auch nicht verbrannt, so sind dieselben doch größtentheils zertrümmert. Theilweise zu den Fenstern hinausgeworfen, kamen sie in Stücken unten an. Ueber die Entstehung des Feuers giebt der Lehrling an, daß, als er auf dem Boden beschäftigt war, er auf ein an der Erde liegendes Streichholz getreten sei, welches sich entzündete und den Hanf in Brand setzte.

Stralsund, 30. Oktober. Durch das Testament eines kürzlich verstorbenen hiesigen Bürgers und Einwohners ist ein Kapital von 18,000 Mark zu einer neuen Stiftung ausgesetzt, die vorzugsweise Lehrerinnen an Privat-Kinderschulen zu Gute kommen soll, welche entweder wegen Alters oder Krankheit ihren Schulen nicht mehr vorstehen können, oder zwar noch Schule halten, aber trotzdem der Hilfe bedürftig sind. In Ermangelung solcher Lehrerinnen sollen die Wittwen von städtischen Unter-Beamten, die unverschuldet in Noth gerathen sind, Unterstützungen empfangen.

Greifswald, 31. Oktober. In dem heute abgehaltenen Termin zum Verkauf der hiesigen Dampfmühle und den beiden dazu gehörigen Speichern wurde als einziges Gebot von Herrn Lehl in Stralsund 100,000 M. abgegeben. Der Käufer bleibt 14 Tage an sein Gebot gebunden. Zuschlag bleibt vorbehalten.

Tempelburg, 29. Oktober. Vor ungefähr 8 Tagen ist auf der Feldmark Schmidtenthin der etwa 11 Jahre alte Knabe des Zimmermanns Schauer zu Abbau Schmidtenthin von einem Jagdfreunde als vermeintliches Wild, mittelst zweier Rehposten an der Hand und im Genick getroffen worden. Den ärztlichen Bemühungen soll es bis heute noch nicht gelungen sein, den im Genicke befindlichen Rehposten zu entfernen, indeß sollen die Verwundungen nicht lebensgefährlich sein. Das Ereigniß hat sich in der Abenddämmerung zugetragen und dürfte auch dieser Umstand die Jagdfreunde und Jäger mahnen bei Ausübung der Jagd recht vorsichtig zu sein.

Vermischtes.

— (Dupanloup und Alexander Dumas jun.) Man hat oft von den Beziehungen des Bischofs von Orleans mit dem jüngeren Dumas gesprochen. Das Wahre an der Sache ist, nach einer Pariser Korrespondenz der englischen Revue Athenäum, Folgendes: Vor einigen Jahren machte Dupanloup eine Reise nach Rom; die Muße der Fahrzeit wollte er dazu benutzen, ein Pamphlet gegen das zeitgenössische Theater vorzubereiten. Er schickte zu dem Ende zu Michel Levy, um sich die Broschüre von Dumas zu verschaffen. Im Eisenbahnkoupee durchflog er diese, diktirte seinem Sekretär Randglossen und zerriß die Broschüre, nachdem er die nöthigen Excepte gemacht hatte. Das Resultat würde wahrscheinlich eine Diatribe im Genre der Pamphlete gewesen sein, deren man sich von der streitbaren Feder des Bischofs versehen konnte. Der Verleger Levy machte Dumas die Mittheilung, daß Dupanloup alle seine Stücke und einschlägigen Schriften ankaufen ließ. Dumas nahm in seiner Eigenschaft als Optimist die Sache von der besten und liebenswürdigsten Seite. Sobald er von der Rückkehr des Bischofs erfuhr, beeilte er sich, ihm einen Besuch in Viroflay abzustatten, von der Ansicht ausgehend, daß eine Höflichkeit die andere bedinge. Dupanloup fand an seinem Besucher den besten Gefallen und sah ihn nicht mehr als den Teufel an, als welcher er ihm nach seinen Stücken erschienen war. Dumas hinwieder war von dem Bischof bezaubert; das Pamphlet wanderte in das Feuer und Dumas — in die Akademie.

— (Die falschen Victor Hugo's.) Die großen Männer mit seltenen Namen haben ihre liebe Noth mit ungemüthlichen Namensvettern. Victor Hugo hat ein eigenes Notizbüchlein gefüllt mit den Aufzeichnungen unliebsamer Erlebnisse dieser Art. Man liest von der eigenen Hand des großen Dichters: 1) Valère Hugot, Marinebeamter, schreibt nie seinen Vornamen, sondern nur V., so daß, wenn das „t“ am Schlusse etwas in den Umstrichen sich verwickelt, man lesen muß: V. Hugo. Dieser Irrthum hat mich einmal 1500 Francs gekostet. 2) Fräulein Josefine Hugot, Tochter eines Hauswärters der Rue Chantereine, ist unter dem Namen Victor Hugo auf dem Theater Saint Antoine aufgetreten und hat einige Zeit gespielt; erzielte großen Zulauf und Erfolg. Man hat sie für meine uneheliche Schwester ausgegeben, die ich dem Elende preisgegeben hätte. 3) Adolph Hugo, Musiker, Flötenspieler, läßt sich auf Theater- und Konzert-Anzeigen als A. Hugo ankündigen. Man hält ihn für meinen Bruder. 4) Hugot, Kneipwirth, an der Ecke des Parks zu Neuilly, hat seit drei Jahren das „t“ von seinem Schilde entfernt und nennt sich jetzt Hugo. 5) Felix Hugot, Schneider, setzt auf die Adressen, welche er in den Straßen vertheilen läßt: Felix Hugo. Man giebt ihn für meinen Vetter an. 6) Ein Schauspieler aus Amiens läßt sich kurzweg Victor Hugo nennen und spielt kleine Rollen. 7) Ein junger Pariser Gamin, Streichhölzchenverkäufer, hat sich vor Kurzem zu 1 Franc Strafe unter dem Namen Victor Hugo verurtheilen lassen.

— Aus Reichenbach in Schles. theilt der „N.-Ztg.“ einer ihrer Abonnenten mit, daß ihm ein Knabe in den letzten Tagen wiederholt mehrere Töpfe voll der schönsten Walderdbeeren, die er im Eulengebirge pflückte, gebracht habe.

— (Ein lohnender Diebstahl.) Wenn amerikanische Spitzbuben von Ruf etwas unternehmen, so begnügen sie sich gewöhnlich nicht mit Kleinigkeiten. Einen guten Fang haben sie aber wieder in der Manhattan-Sparbank in Newyork gemacht. Vermittelst eines Einbruchs ist es ihnen gelungen, die Kasse auszuräumen. Nahezu drei Millionen Dollars in Werthpapieren und 85,000 Dollars baares Geld sind in ihre Hände gefallen. Das Traurigste bei der Sache ist, daß die Kalamität gerade eine Sparbank betroffen hat, daß also die Verlierer die Depositoren sind, unter denen sich Tausende von kleinen Handwerkern befinden. Es läßt sich nicht annehmen, daß die Bank diesen Schlag überwinden wird.

Literarisches.

Von Reuters Werken ist die Volksausgabe in Lieferungen zu $7^1/_2$ Sgr. jetzt nahe vollendet. Wer sich noch in den Besitz dieser billigen Ausgabe setzen will, thut wohl daran, jetzt zuzulangen, ehe der erhöhte Ladenpreis eintritt. Wir machen hierauf noch besonders aufmerksam.

Uebersichtskarte der deutschen Reichstagswahlen I., II., III. und IV. Legislaturperiode 1871, 1874, 1877 und 1878, graphisch dargestellt von Hugo Knoblauch, Berlin 1878. Carl Heymann's Verlag.

Die obige Uebersichtskarte der deutschen Reichstagswahlen ging uns soeben von der Verlagshandlung zu. Dieselbe liefert zur Beurtheilung unserer politischen Verhältnisse sehr interessantes Material, indem sie nicht nur ein zusammenhängendes Bild gewährt, welche Partei bei der Wahl vom 30. Juli als Sieger in den einzelnen Landestheilen hervorgegangen, sondern auch — und darin unterscheidet sie sich wesentlich vortheilhaft von anderen derartigen Karten — daß sie auch die früheren Wahlen darstellt und dadurch einen Vergleich über die Wechsel der politischen Bewegung während der bisherigen Legislaturperioden gewährt.

Telegraphische Depeschen.

Darmstadt, 31. Oktober. Der Kaiser und die Kaiserin trafen heute Nachmittag 2 Uhr, von Baden-Baden kommend, hier ein, wurden am Bahnhofe von der Frau Prinzessin Karl von Hessen begrüßt und setzten nach nur kurzem Aufenthalte die Reise nach Koblenz fort.

Ein großherzoglicher Erlaß beruft den Landtag zum 30. November zusammen.

Wien, 31. Oktober. Abgeordnetenhaus. Der von dem Abg. v. Schoenerer in der Sitzung vom 25. d. M. gestellte Antrag über eine in der „Grazer Tagespost“ veröffentlichte, angeblich den Ausgleich betreffende Aeußerung des Fürsten Auersperg zu dem Redakteur Dr. Svoboda und dem Abg. Syz Erhebungen anzustellen, wurde mit allen gegen 19 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurden die Wahlen für die Delegation vorgenommen, nachdem Seitens der Regierung die Erklärung abgegeben war, daß der Reichsrath nicht vertagt werden solle.

Das Herrenhaus nahm gleichfalls die Wahlen für die Delegation vor.

Wien, 31. Oktober. Meldungen der „Polit. Korresp.“:

Aus Konstantinopel von heute: Der russische Botschafter Fürst Lobanoff hat die Note der Pforte in Betreff der Unterstützung der bulgarischen Insurrektion in Macedonien von Seiten Rußlands beantwortet und die von der Pforte aufgestellten Behauptungen als unmotivirt zurückgewiesen. Insbesondere hat derselbe hervorgehoben, daß in den insurgirten Distrikten sich weder russische Behörden noch russische Truppen befinden.

Nach hier vorliegenden Nachrichten sind in Burgas neu angekommene russische Truppen ausgeschifft worden, die zwischen Adrianopel und Lulleburgas konzentrirte russische Truppenmacht soll eine sehr bedeutende sein. Die aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Nizams, deren Dienstzeit noch nicht vollendet ist, werden neu equipirt und zu dem in Kossowo konzentrirten türkischen Armeekorps dirigirt.

Aus Athen: Die früheren Minister Trikupis und Zaimis, welche vom Könige zur Bildung eines Kabinets berufen wurden, haben sich eine zweitägige Frist ausgebeten. Deligeorgis, welcher von hier abwesend ist, hat das ihm angebotene Portefeuille des Auswärtigen abgelehnt.

Aus Bukarest: Die Minister Bratiano und Cogalniceanu begeben sich morgen nach Silistria, um der Eröffnung der Arbeiten der Grenzregulirungs-Kommission beizuwohnen

Pest, 13. Oktober. Das Abgeordnetenhaus wählte in seiner heutigen Sitzung zunächst den Adreßausschuß und verhandelte sodann über das Königliche Reskript, welches zur Vornahme der Wahlen für die Delegationen auffordert. Die äußerste Linke beantragte die Verschiebung der Wahlen bis nach der Adreßdebatte. Ministerpräsident Tisza wies darauf hin, daß die Thronrede, indem dieselbe von der auswärtigen Politik gesprochen, das Haus damit gleichsam aufgefordert habe, sich in der auswärtigen Politik zu äußern. Die Regierung werde der Adreß-Debatte nicht aus dem Wege gehen; auch sei zu dieser Debatte vor dem Beginn der eigentlichen Delegations-Verhandlungen noch hinreichend Zeit. Die Wahlen zu den Delegationen bat Tisza am nächsten Sonnabend vorzunehmen. Die zur gemäßigten Opposition zählenden Deputirten haben beantragt, daß der Kaiser um Verschiebung der Eröffnung der Delegationen bis nach Ueberreichung der Adresse ersucht werden soll. Die weitere Debatte wurde auf morgen vertagt.